

Abhandlungen

Wolfgang Bonß

Zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit

Ein Beitrag zur Debatte um die Arbeitsgesellschaft

Abstract

Der Beitrag steht im Kontext der soziologischen Debatte um Arbeitsgesellschaft und Zukunft der Arbeit; sein Thema ist die sich verändernde Bedeutung der Arbeit als Vergesellschaftungsinstanz. Hierbei wird zunächst nachgezeichnet, wie die ursprünglich negativ bewertete Arbeit mit dem Übergang zur Moderne positiviert und in Gestalt der Erwerbsarbeit zu einer zentralen Vergesellschaftungsinstanz avanciert. Am Beispiel Deutschlands werden dann empirische Befunde zur Entwicklung von Erwerbsbeteiligung, Arbeitsformen und Strukturwandel der Normalarbeit präsentiert, die z.T. für eine veränderte Relevanz der Erwerbsarbeit im 21. Jahrhundert sprechen. Angesichts des Wandels der Produktionsstruktur, des sich verändernden Erwerbsarbeitsvolumens, der Flexibilisierung der Arbeitsorganisation und der veränderten Einstellung zur Erwerbsarbeit – so die abschließende These – spricht zwar nichts für ein Ende der Arbeitsgesellschaft, aber viel für eine Relativierung der Erwerbsarbeit bei gleichzeitiger Aufwertung anderer Arbeitsformen.

1 Der Streit um die Arbeit - ein Diskussionsrückblick

Angesichts der seit den siebziger Jahren massiv gestiegenen Arbeitslosenzahlen wird die Zukunft der Arbeit gerade im deutschen Sprachraum oft skeptisch beurteilt. Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten konstatierte Ralf Dahrendorf ein "Entschwinden der Arbeitsgesellschaft", und 1982 wurde die "Krise der Arbeitsgesellschaft" zum zentralen Thema des Soziologentags. Einen erneuten Aufschwung erlebte die Diskussion in den neunziger Jahren, und zwar zunächst weniger in der Soziologie als in der politischen Praxis. So meldete die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Kommission 1997) empirische Zweifel an der Zentralität und Vermehrbarkeit der Erwerbsarbeit an, und nicht nur Jeremy Rifkin (1995) sprach vom "Ende der Arbeit" - ein Problem, zu dessen Lösung mehr oder weniger kühne Konzepte unter Titeln wie "Wie wir arbeiten werden" (Giarini/Liedtke 1997), "Arbeit jenseits der Lohngesellschaft" (Gorz 2000, 102), oder "schöne neue Arbeitswelt" (Beck 1999) entwickelt wurden.

In dem Maße, wie die diversen Visionen zur "Zukunft von Arbeit und Demokratie" (Beck 2000) an Verbreitung gewannen, wuchs aber auch die Zahl der Kritiker, die ein Ende der Arbeitsgesellschaft massiv bestreiten (zuletzt Cohen 2001). In Deutschland gewannen diese

Stimmen vor allem mit dem Übergang zur rot-grünen Koalition an Boden. Noch stärker als ihre Vorgängerin hielt die Regierung Schröder daran fest, dass eine Vollbeschäftigungsgesellschaft möglich sei und kündigte eine Halbierung der Arbeitslosen bis zum nächste Wahltermin an. Allerdings ist dieses Ziel nach anfänglichen Erfolgen inzwischen in weite Ferne gerückt; bei steigender Tendenz hat die Arbeitslosenzahl Anfang 2002 erneut die 4-Mio.-Grenze überschritten.

So gesehen erscheint die soziologische Debatte um die Zukunft der Arbeit unverändert wichtig, auch wenn sich seit der Jahrtausendwende eine Art Diskurswechsel andeutet. Denn angesichts der unbestreitbaren Vergreisung der bundesdeutschen Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2000) spielt die real existierende Arbeitslosigkeit von bald 10% für Viele eine weit geringere Rolle als der aus demografischen Gründen drohende Fachkräftemangel. Dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, scheint unter dieser Perspektive eher eine Fehldiagnose zu sein. Stattdessen ergibt sich das Bild einer Arbeitsgesellschaft, die an sich genügend Arbeit zu bieten habe, der aber u.U. die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgehen, und die – wenn überhaupt – allenfalls aus diesem Grunde zusammenbrechen könne.

Ein solches Szenario erscheint freilich ebenso schief wie das einer Gesellschaft mit kontinuierlich steigendem Verlust an Erwerbsarbeit und sinkenden Erwerbsarbeitsorientierungen. Abgesehen davon, dass die demografischen Prognosen nur auf Deutschland bezogen und selbst hier keineswegs unumstritten sind, bleibt festzuhalten, dass Massenarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel sehr wohl gleichzeitig auftreten können, weshalb der potentielle Arbeitskräftemangel auch "nicht das Kernproblem am deutschen Arbeitsmarkt" (Magvas/Spitznagel 2000) darstellt. Schon deshalb scheint die These von der "Krise der Erwerbsgesellschaft" keineswegs widerlegt, auch wenn sie inzwischen differenzierter als vor 20 Jahren formuliert werden kann und muss. Denn gegenüber den frühen achtziger Jahren sind die arbeitsmarktpolitischen Erfahrungen und die Forschungen zur "Geschichte und Zukunft der Arbeit" (Kocka/Offe 2000) gewachsen und die Argumentationen zur "Zukunft der Erwerbsarbeit" (Bosch 1998; Willke 1999) weit besser empirisch fundiert.

2 Zur Entstehung der modernen Arbeitsgesellschaft

In der soziologischen Theorie gilt die Arbeit seit jeher als ein wichtiges Vergesellschaftungsmoment. Ob Marx, Spencer, Weber oder Simmel - sie alle begriffen die produktive Aneignung der inneren und äusseren Natur als zentrales Definitionsmerkmal des Menschen und sahen in der Teilung der Arbeit eine entscheidende Bedingung für die Entstehung differenzierter Sozialzusammenhänge. Auch wenn sich die Argumentationen im Detail unterschieden, so wurde der Mensch stets als ein *homo faber* beschrieben, der in der Lage ist, die Welt zu verändern, wobei die Fähigkeit zur planenden und gestaltenden Tätigkeit als entscheidende Grenze zwischen Tier und Mensch erschien. Zugleich trafen sich die Klassiker in der Überzeugung, dass die gesellschaftliche Organisation der Arbeit entscheidend für soziale Strukturbildung überhaupt sei. Arbeitsteilung und die damit einhergehenden Formen sozialer Bindung seien die Voraussetzung für die Konstitution von Gesellschaft ebenso wie für die Entstehung und Strukturierung von Herrschaftszusammenhängen.

2.1 Von vormodernen zu modernen Arbeitsauffassungen

Dass Arbeit als "soziale Tätigkeit... für die Reproduktion menschlichen Lebens unerlässlich ist" (Hann 2000, 24), sagt freilich nichts darüber aus, wie Arbeit in unterschiedlichen Gesellschaften sozial konstruiert und wahrgenommen wird. Insbesondere in historischer Hinsicht sind hier Differenzierungen notwendig (Meier 1998). Zwar waren die Menschen stets in irgendeiner Form für ihre Reproduktion sozial tätig. Aber keineswegs alle diese Tätigkeiten wurden der Sphäre der Arbeit zugeschlagen. Als Arbeit galt vielmehr ursprünglich allein die schwere *körperliche* Tätigkeit, und diese wurde in den meisten Fällen negativ bewertet.

Exemplarisch zeigt sich dies in der griechischen und römischen Antike. Hier bestand ein "fundamentaler Konnex zwischen Bürgerstatus und dem Ausschluss von Arbeit" (Nippel 2000, 57). Arbeiten konnten und mussten Knechte, Sklaven, Fremde, im Krieg bezungene Feinde; für einen freien Bürger hingegen war Arbeit im Unterschied zu anderen Tätigkeiten entwürdigend und entehrend. Zwar war auch den Griechen klar, dass sie ihre Existenz nicht allein über Philosophie und Politik reproduzieren konnten. Aber so notwendig die schwere Arbeit auf dem Felde auch sein mochte - sie wurde stets als Mühsal, Zwang und Bestrafung wahrgenommen und spielte für Identität und sozialen Status keine oder zumindest keine positive Rolle.

Neue Akzente setzte demgegenüber das Christentum. Das zeigt sich schon im Neuen Testament, in dem zum Teil Personen eine Rolle spielen, die, wie Fischer und Zöllner, "ihrer Arbeit wegen zu den sozial deklassierten und diffamierten Menschen gehören" (Oexle 2000, 69). Aber diese Aufwertung der Arbeitenden bedeutete noch lange keine positive Besetzung der Arbeit selber. Zwar erschien Arbeit als ein Gebot Gottes, und hierauf bezogen gab es den Satz des Paulus: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" sowie später die benediktinische Maxime "Ora et labora". Ungeachtet dessen wurde die Arbeit nach wie vor als Zwang und Bestrafung wahrgenommen, zumal im Paradies bekanntlich nicht gearbeitet wurde, und die Arbeit selber als Folge des Sündenfalls in die Welt gekommen war.

Erste Anzeichen für eine andere Positionierung der Arbeit tauchten im späten Mittelalter auf. Parallel zur Ausweitung und ökonomischen Reorganisation der Arbeitsformen zeigt sich jetzt eine schleichende *Ausweitung* des Arbeitsbegriffs. Dieser wird immer weniger auf die schwere körperliche Arbeit beschränkt, sondern umfasst auch andere Tätigkeiten. Genau dies war eine wichtige Voraussetzung, um die Gleichsetzung von Arbeit mit Zwang und Bestrafung zu relativieren. Stattdessen gewann seit dem 14. Jahrhundert die Interpretation von Arbeit als Notwendigkeit und moralische Verpflichtung an Boden - eine Akzentverschiebung, die freilich noch lange eingebunden war in traditionelle Selbstwahrnehmungen und deshalb oft uneindeutig blieb. Dies gilt für die soziale Praxis der Arbeit ebenso wie für ihre gesellschaftliche Ausdeutung im Übergang zur frühen Neuzeit. Exemplarisch sei auf Luther hingewiesen, der mit seiner Gleichsetzung von Arbeit und Beruf zwar wichtige Vorarbeiten für den Übergang zur modernen Arbeitsauffassung lieferte. Sofern er jedoch Arbeit zugleich im Kontext einer mittelalterlichen Bedarfsdeckungswirtschaft sah, war Luther nur begrenzt in der Lage, Arbeit als kultur- und persönlichkeitsprägendes Merkmal des Menschen zu entfalten (Walther 1990, 14).

Das Beispiel Luthers macht deutlich, dass der Strukturwandel der Arbeit nicht gleichförmig verläuft, sondern durch zahlreiche Ungleichzeitigkeiten und unterschiedlichen Rahmungen gekennzeichnet ist. So gab es gerade in der frühen Neuzeit "weder eine einheitliche Struktur in den verschiedenen Arbeitsfeldern noch eine konsequente Entwicklung hin zur

Industrialisierung und Marktwirtschaft“ (van Dülmen 2000, 83). Arbeit blieb vielmehr eingebettet in den Rahmen des Standes und der Familie. Zwar spielten Fleiß und Leistung in diesem Zusammenhang eine immer stärkere Rolle. Aber ”produktiv wurden sie nur im Rahmen der ständisch strukturierten Gegebenheiten des Lebens und der Familientradition“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Umdeutung der Arbeit zu einem kultur- und persönlichkeitsprägenden Merkmal oft indirekt und setzte sich in allgemein nachweisbarer Form auch letztlich erst in der ”praktischen Aufklärung“ des 18. Jahrhundert durch.

2.2 Die Ausdifferenzierung des neuzeitlichen Arbeitsverständnisses

Die ”praktische Aufklärung“ (Schindler/Bonß 1980) war eine Phase der Projektmacher, der Akademien und der ökonomischen Gesellschaften. Hier entstand jener neue ”*homofaber*, der erstmals in der Arbeit eine produktive Kraft der Weltgestaltung und Verbesserung ... erkannte“ (van Dülmen 2000, 82). Als paradigmatisches Beispiel dieses neuen Menschentyps kann die literarische Figur des Robinson Crusoe gelten, der ”allein durch seine Arbeit mit Unterstützung selbst geschaffener Technik eine »neue« Zivilisation hervorbringt“ (ebd.) Zwar ist auch bei Robinson Arbeit eine mühsame Angelegenheit. Aber sie hat nichts mehr mit göttlicher Bestrafung zu tun, sondern verweist auf die Chance, eine neue, bessere Welt zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wird Arbeit als Beruf und Berufung auch immer mehr zu einem entscheidenden Bestimmungsmoment des Menschen. Oder wie Friedrich Schiller es ausdrückt: Arbeit ist ”des Bürgers Zierde“, wobei die Rede vom Bürger keineswegs zufällig war. Denn Arbeits- und Leistungsorientierungen galten als prägendes Charakteristikum der Bürger, die sich im Unterschied zum und in Abgrenzung vom (Feudal-)Adel nicht über ererbte Privilegien, sondern über die eigene Leistung definieren (und hiermit implizit auch eine andere Statusordnung einklagen).

Jenseits der emphatischen Stilisierung der Arbeits- und Leistungsorientierung zum kultur- und identitätsbildenden Moment wurden in der gesellschaftlichen Praxis freilich keineswegs alle Formen der produktiv-aktiven Naturaneignung als Arbeit begriffen. Vielmehr blieb dieses Etikett im Wesentlichen und zunehmend den *bezahlten* Tätigkeiten vorbehalten, die weniger gebrauchts- als tauschwertorientiert waren. Angesichts dieser Einschränkung konstituierte sich die moderne Arbeitsgesellschaft, wie sie sich im 19. Jahrhundert auch organisatorisch herausbildete, letztlich in einer bestimmten Form, nämlich als eine *Erwerbsarbeitsgesellschaft*, die ihrerseits eng mit den Strukturbildungen der Industrialisierung verknüpft war.

Im Selbstverständnis der Zeitgenossen war die Vergesellschaftung über die Erwerbsarbeit dabei ein wichtiger, aber keineswegs der einzige Aspekt. So kannten die Diskurse der französischen Revolution bekanntlich zwei Kategorien zur Beschreibung der Bezugspunkte der Vergesellschaftung, nämlich *bourgeois* und *citoyen* - zwei Stichworte, die sowohl unter politischen als auch unter Arbeitsgesichtspunkten relevant sind. Begreift man den gesellschaftlichen Zusammenhang aus der Perspektive des *bourgeois*, so orientiert man sich am Modell einer Erwerbsgesellschaft, in der sich der Status aus dem Erfolg bzw. Misserfolg als *Wirtschaftsbürger* ergibt. Stellt man hingegen die zweite Grundrolle, nämlich die des *citoyen* in den Vordergrund, so tritt an die Stelle der Erwerbsgesellschaft das Modell einer Staatsbürgergesellschaft, in der sich die Existenzberechtigung aus der Staatsbürgerrolle und die Statuszuweisung aus dem Erfolg bzw. Misserfolg als *Staatsbürger* ergibt. Der erwerbsgesellschaftlichen Vergesellschaftung wird somit eine politische Vergemeinschaftung gegenübergestellt, die oft als schlichte Gegensätze begriffen werden, obwohl sie es nicht unbedingt sind.

Denn nicht nur der interessenorientierte bourgeois arbeitet, sondern auch der gemeinschaftsorientierte citoyen. Allerdings übt der Staatsbürger keine Erwerbsarbeit aus, sondern ist "ehrenamtlich" oder gemeinnützig tätig, wobei diese Tätigkeiten durch die Grenzziehung zwischen *bourgeois* und *citoyen* von Anfang an aus dem Bereich der Arbeit herausgenommen und zur Nicht-Arbeit stilisiert wurden.

Mit der breitenwirksamen Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse kam es darüber hinaus zu einer weiteren Verengung des Arbeitsbegriffs. Denn als Arbeit wurden seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr unbedingt alle bezahlten Tätigkeiten bezeichnet. Stattdessen tritt ein spezifisches Segment in den Vordergrund, nämlich die *Lohnarbeit*, die seit dem 20. Jahrhundert den Löwenanteil der Erwerbsarbeit stellt. Rund 90% aller Erwerbsarbeitenden in Deutschland sind heute Lohnarbeiter/innen, und vor diesem Hintergrund hat sich im 20. Jahrhundert als entscheidende neue Grenze die Unterscheidung zwischen *bezahlten, abhängigen* und *unbezahlten, unabhängigen* Tätigkeiten durchgesetzt - zwei Muster, denen bis heute ein unterschiedlicher gesellschaftlicher Ort zugewiesen wird. Während die als Arbeit etikettierten (und auf Lohnarbeit reduzierten) bezahlt-abhängigen Tätigkeiten für die Vergesellschaftung zentral erscheinen (und genau deshalb im gesellschaftlichen Selbstverständnis der Förderung bedürfen), werden die unbezahlt-unabhängigen Tätigkeiten von der Hausarbeit über die Eigenarbeit bis hin zum Ehrenamt anders wahrgenommen; sie gelten als Nicht-Arbeit und damit als ein Privatvergnügen, das für den Einzelnen wichtig sein mag, aber kaum im Zentrum der Vergesellschaftung stehen kann.

Diese Kontrastierung verweist auf eine für Erwerbsgesellschaften typische Normalitätsunterstellung nämlich die, dass die Individuen nur dann vollwertige Gesellschaftsmitglieder sind, wenn sie ihren Lebensunterhalt über Erwerbsarbeit sichern, wobei sich ihr sozialer Status über die in diesem Kontext erbrachte Leistung bestimmt. Vorherrschend und scheinbar selbstverständlich wurde diese „Normalitätsfiktion“ (Bonß/Plum 1990, 692) allerdings erst in den entwickelten Erwerbsgesellschaften des 20. Jahrhunderts, in denen Konsummöglichkeiten, soziales Ansehen, berufliche Förderungen und soziale Absicherung immer enger an die bezahlte Arbeit gekoppelt werden. So ist der Erwerb von Waren nur möglich, wenn ein entsprechendes Einkommen vorhanden ist, das in der Regel über Lohn- bzw. Erwerbsarbeit geschaffen werden muss. Das soziale Ansehen wiederum bemisst sich danach, ob man, wenn schon nicht über einen prestigeträchtigen Beruf, so doch über eine geregelte Arbeit verfügt, die bestimmte Konsummöglichkeiten eröffnet oder zumindest in Aussicht stellt.

Auch die Qualifikation und die mit ihr verknüpften Aufstiegsmöglichkeiten hängen in hohem Maße vom jeweiligen Job ab. Denn wer beruflich integriert ist oder gar zur Stammebelegschaft gehört, hat weit mehr Chancen, sein Qualifikationspotential zu bewahren und auszubauen als diejenigen, die neu auf den Arbeitsmarkt treten. Noch deutlicher schließlich zeigt sich die Präferenzierung der Arbeitsplatzbesitzer bei der sozialen Absicherung und hier vor allem bei der Alterssicherung. Rentenansprüche werden im Wesentlichen über die Art und Dauer der bezahlten Arbeit erworben, und wer zu wenig gearbeitet hat, muss mit Abzügen rechnen oder geht leer aus - eine in Deutschland besonders ausgeprägte Verknüpfung, die aber auch in anderen Ländern gängig ist.

3 Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit - empirische Befunde und Perspektiven

Die Durchsetzung der Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit war ein ebenso langwieriger wie voraussetzungsvoller Prozess, der sich letztlich auf drei Ebenen abspielt: (a) Auf der Ebene der Deutungsmuster musste die Negativbewertung der Arbeit abgebaut und die Idee der Arbeit als kultur- und identitätsbildendes Moment zur gesellschaftlichen Wirklichkeit werden. (b) Auf der Ebene der (Binnen-)Organisation der Arbeit war es notwendig, Arbeit aus der Einbettung in andere Lebenszusammenhänge zu lösen und als eigenständige Lebenssphäre zu konstituieren (Kocka 2000, 480). (c) Bezogen auf ihre Außenwirkung und gesellschaftliche Funktion schließlich musste es gelingen, die Zuweisung des gesellschaftlichen Status, der Handlungsmöglichkeiten und der sozialen Sicherung nachhaltig an die Durchsetzung der Institution der Erwerbsarbeit zu binden.

Zu allen drei Aspekten liegen empirische Befunde vor, die Rückschlüsse darauf zulassen, wie stark die Vergesellschaftung über die Erwerbsarbeit heute tatsächlich ist, und wie sie sich verändert. Zur Frage der Deutungsmuster lohnt sich in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Wertwandelforschung (Duncker 2000; Klages/Gensicke 1999; Inglehart 1997; Hepp 1994), aber auch auf Lebenslaufforschung und Generationenvergleiche. Mit der (Binnen-)organisation der Arbeit beschäftigen sich Analysen zum Strukturwandel von Arbeitszeit und zu neuen Arbeitsformen (Opaschowski 2001; Wieland/Scherrer 2000; Gutmann 1999; Saiger 1998). Zur Außenwirkung und gesellschaftlichen Funktion der Arbeit schließlich sind Daten zur Veränderung der Erwerbsbeteiligung und zur sozialen Absicherung auszuwerten, wie sie vor allem vom Bundesamt für Statistik zur Verfügung gestellt werden.

3.1 Erwerbsbevölkerung und Erwerbsneigung

Eine Analyse der zuletzt genannten Materialien zeigt schnell, dass selbst in fortgeschrittenen Erwerbsgesellschaften das Konzept einer Vergesellschaftung über die Erwerbsarbeit in der Regel nur in gleichsam halbiertem Form realisiert wird. Denn bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind die Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Arbeitslose) stets in der Minderheit. So kamen in der Bundesrepublik Ende 1999 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 82,16 Mio. Einwohner insgesamt knapp 40,5 Mio. Erwerbspersonen. Dies bedeutet eine ungewichtete Erwerbsquote von 49,29% - ein Wert, der noch über dem EU-Durchschnitt von rund 45% lag. Höhere Werte finden sich nur in sozialistischen Gesellschaften, die trotz fehlender Marktvergesellschaftung letztlich die wahren Arbeitsgesellschaften waren. So hatte die DDR 1989/90 eine Erwerbsquote von 59% (Kommission 1996, 33), und mit der Focussierung der sozialen Beziehungen auf das Betriebskollektiv wurde hier die Vergesellschaftung über die Arbeit weit mehr, aber auch anders als im Westen ins Zentrum gestellt.

Das Bild von der halbierten Vergesellschaftung über die Erwerbsarbeit ändert sich freilich auch für die westlichen Gesellschaften, wenn man die Erwerbsquote nicht vor dem Hintergrund der Gesamtbevölkerung sieht, sondern allein auf die „Erwerbsfähigen“ bezieht, also nur die 15-65-Jährigen als potentielle Erwerbspersonen berücksichtigt. Die dementsprechend gewichtete Erwerbsquote liegt in Deutschland bei über 70%, d.h. über 70% der 15-65-Jährigen (und über 80% der 25-55-Jährigen!) unterliegen der Vergesellschaftung über die Erwerbsarbeit unmittelbar und sind entweder erwerbstätig oder stehen dem Arbeitsmarkt als Arbeitslose zur Verfügung. Für diese „Kerngruppe“ der Erwerbsbevölkerung ist somit

ungeachtet der in den letzten Jahren leicht sinkenden Erwerbsquote eine klare Erwerbsarbeitsorientierung kennzeichnend.

Dass diese Erwerbsorientierung geschlechtsspezifisch ungleich realisiert wird, ist bekannt. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes waren Anfang 2000 bei den erwerbsfähigen Männern 79,9% zu den Erwerbstätigen zu rechnen, wohingegen die Erwerbsquote bei den Frauen bei 64,0% lag. Allerdings - und dies ebenso wichtig - war die geschlechtsspezifischen Differenzen in früheren Jahrzehnten weit ausgeprägter. So belief sich die Erwerbsquote der Männer in (West-)deutschland zu Beginn der sechziger Jahre auf sage und schreibe 95%, wohingegen die Frauen nur auf 49% kamen - ein Missverhältnis, das damals im gesamten EU-Bereich vorherrschend war.

Die Verringerung des Abstands in der Erwerbsneigung der Geschlechter von über 45% auf knapp 16% lässt eine bemerkenswerte Relativierung des einstigen ‚Familienmodells‘ der Erwerbsarbeit erkennen, das unter den Bedingungen einer durchgesetzten Individualisierung und angesichts einer unübersehbaren „Pluralisierung der Ehe- und Familienformen“ (Schäfers 1995, 122ff.) antiquiert erscheint. In dem ‚Familienmodell‘ der Erwerbsarbeit kam dem Mann die Rolle des erwerbsarbeitsorientierten Ernährers der Familie zu, während die Frau die Absicherungen dieser Rolle über die Hausarbeit zu liefern hatte und nur in Not- und Ausnahmefällen selbst erwerbstätig wurde. Auch wenn diese tief eingeschliffene Arbeitsteilung uneindeutiger geworden ist (Huinik/Lauterbach 1991; Klauer 1994; Tölke 1987), wäre es gleichwohl falsch, von einer schlichten Angleichung der Geschlechter auszugehen (Franks 1999). Davon kann schon deshalb keine Rede sein, weil die Arbeitsbedingungen und -verhältnisse von Frauen meist schlechter sind als die der Männer, Hinzu kommt, dass es unter den Bedingungen sich zuspitzender Arbeitsmarktprobleme durchaus Ansätze gibt, das traditionelle Familienmodell der Erwerbsarbeit zu reaktivieren. Allerdings ist dieser Trend eher ein regionaler. Denn bundesweit bleibt festzuhalten, dass auch in den letzten drei Jahren die Erwerbsbeteiligung der Männer leicht gesunken, die der Frauen hingegen leicht gestiegen ist.

3.2 Geschlechtsspezifische Flexibilisierungen der Erwerbsarbeit

Parallel dazu und zum Teil in direktem Zusammenhang damit haben sich aber auch die Formen der Beschäftigung verändert. Galt früher die (unbefristete) Vollzeitstelle als eine Standardform der Beschäftigung, die in den achtziger Jahren mit dem Etikett „Normalarbeitsverhältnis“ (Mückenberger 1985, 1989) bedacht wurde, so zeichnet sich in den letzten zwei Jahrzehnten eine grundsätzliche Flexibilisierung und Ausdifferenzierung der Organisationsformen abhängiger Arbeit ab. Diese manifestiert sich in einer Zunahme von Teilzeitarbeit, in neuen Arbeitszeitmodellen wie KAPOVAZ (=kapazitätsorientiert-variable Arbeitszeit) oder variable Wochen-/Monats-/Jahresarbeitszeit, aber auch in ungeschützten und doppelten Beschäftigungsverhältnissen (Keller 1997, 231ff.). Hierin wird eine neue Ortsbestimmung der Erwerbsarbeit deutlich, die individualisierter, unsicherer und selbständiger wird, und in dem Maße, wie sich die Lohnabhängigen in UnternehmerInnen ihrer eigenen Arbeitskraft verwandeln (Voß/Pongratz 1998), verändern sich zwangsläufig auch die Muster der Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit.

Allerdings hat diese Entwicklung auf der normativen Ebene kaum zu einer Abwertung des Ideals stabiler Lohnarbeitsverhältnisse geführt hat. Dies mag auf den ersten Blick anachronistisch sein, aber hierfür gibt es durchaus Gründe. Denn das gesellschaftlich akzeptierte Konsumniveau und insbesondere das soziale Sicherungssystem sind nach wie vor in hohem

Maße am Modell einer stabilen Vollzeitbeschäftigung orientiert. Eine zureichende Rente ist, wenn überhaupt, nur nach 40 Jahren Vollbeschäftigung (einschließlich der anerkannten Ausfallzeiten) gegeben. Auch der Unterhalt einer Familie lässt sich mit einem Teilzeitgehalt kaum bewerkstelligen, weshalb die Idee des Normalarbeitsverhältnisses in den Köpfen der Beschäftigten nach wie vor tief verankert ist – und hier insbesondere bei den Männern.

Dem entspricht in empirischer Hinsicht, dass Männer weit häufiger als Frauen Vollzeitstellen innehaben und somit dem "Normalarbeitsverhältnis" weit ungebrochener unterliegen. Laut statistischem Jahrbuch 1998 arbeiteten 88,52% der Männer, aber nur 58,22% der erwerbstätigen Frauen 35 Stunden und mehr in der Woche. Umgekehrt sind Frauen bei den "Nichtnormarbeitsverhältnissen" führend. Zwar werden diese sicher nicht immer freiwillig eingegangen. Denn insbesondere in den unteren Qualifikations- und Lohngruppen gibt es für Frauen weit weniger unbefristete Vollzeitstellen als für Männer, und unter den Bedingungen eines angespannten Arbeitsmarkts kommen letztere oft eher zum Zuge. Auf der anderen Seite scheinen Frauen auf das Ideal der unbefristeten Vollbeschäftigung auch weniger fixiert zu sein (Eckart 1990, 76f.), und dies gilt insbesondere für Frauen mit gehobenem Bildungsabschluss (Sacher 1998, 173). Gerade Letztere erscheinen schon fast, sei es nun freiwillig oder unfreiwillig, als Trendsetter in einer Arbeitswelt, die durch eine Feminisierung der Erwerbsarbeit und sukzessive Auflockerung der Normarbeitsverhältnisse gekennzeichnet ist.

3.3 Zum Strukturwandel der "Normalarbeit"

Zwar ist die dauerhafte, unbefristete Vollzeitbeschäftigung nach wie vor vorherrschend, aber sie verliert kontinuierlich an Bedeutung, und dies hat auch Auswirkungen auf die Vergesellschaftung über Lohnarbeit. So hatten nach den Berechnungen der Zukunftscommission (Kommission 1996, 64) 1970 noch 84% aller abhängig Beschäftigten eine unbefristete Vollzeitstelle; 1995 hingegen konnten dies nur noch 68% von sich sagen. Verdoppelt hat sich dafür im selben Zeitraum der Anteil der Teilzeitbeschäftigten (von knapp 5 auf etwas über 10%), und noch stärker angewachsen ist einerseits die Gruppe der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (von knapp 6 auf mehr als 13%) und andererseits der Anteil der abhängig Selbständigen (von 0,5 auf 2%), also jene Erwerbstätigen, die zwar formell auf eigene Rechnung arbeiten, aber nicht frei in ihren Entscheidungen sind und als Scheinselbständige bezeichnet werden.

Etwas andere Zahlen liefert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf der Grundlage von Daten des Mikrozensus (Hoffmann/Walwei 1998). Hiernach – wie auch nach einer Studie des DIW (Wagner 2000, 218ff.) – hat sich das Verhältnis von Voll- und Teilzeitbeschäftigung noch deutlicher verändert. Denn nach Hoffmann/Walwei waren 1995 nur noch 56% der Erwerbstätigen in unbefristeten und 14% in befristeten Vollzeitstellen. Zugleich ist nach ihren Untersuchungen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten höher anzusetzen und von einem noch stärkeren Wachstum dieser Gruppe auszugehen. Schon 1985 waren hiernach 11,3% teilzeitbeschäftigt, und diese Quote hat sich nach Hoffmann/Walwei bis 1995 auf 18,5% und bis 1996 auf 22,9% erhöht, wobei die neuen Teilzeitstellen nach wie vor vorrangig von Frauen besetzt werden.

Gleichwohl lassen diese Zahlen eine Relativierung der Institution des Normalarbeitsverhältnisses erkennen, die sich noch dramatischer darstellt, wenn man nicht mit Quer-, sondern mit Längsschnittdaten arbeitet und danach fragt, ob die festgestellten unbefristeten Vollzeitstellen tatsächlich dauerhaft sind. Denn die zu bestimmten Zeitpunkten gemeldeten Vollzeitstellen (= Querschnittsanalyse) müssen im Zeitverlauf keineswegs dieselben, sondern kön-

nen unter Umständen ganz andere und immer wieder neue sein. Betrachtet man dementsprechend nicht die Zahl der Stellen, sondern die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse einzelner Erwerbspersonen über einen längeren Zeitraum (= Längsschnittanalyse), so zeigt sich, dass schon bei einem Beobachtungszeitraum von über 5 Jahren nur noch rund ein Drittel der Erwerbstätigen in den achtziger Jahren dauerhaft vollzeitbeschäftigt war (Bonß/Plum 1990, 701). Die überwiegende Mehrheit pendelte demgegenüber zwischen unbefristeter Vollzeitbeschäftigung und anderen Arbeitsformen oder zwischen Beschäftigung, Nichtbeschäftigung und Wiederbeschäftigung.

Dieser Befund lässt sich durchaus in generalisierter Form fassen. Die Erwerbsbiographien werden offensichtlich uneinheitlicher und stellen sich um so turbulenter dar, je größer der betrachtete Zeitraum wird. Unter dieser Perspektive wird eine im Konzept des Normalarbeitsverhältnisses nicht vorgesehene Dynamisierung der Erwerbsbiographie sichtbar, die doppelt zu interpretieren ist: Auf der einen Seite wächst die erwerbsbiographische Unsicherheit - immer weniger Erwerbspersonen, und zwar nicht nur Frauen, sondern auch Männer, können sich Hoffnungen auf eine dauerhafte Vollzeitbeschäftigung machen, sondern stehen unter dem Zwang einer nachhaltig flexiblen Verwertung der eigenen Arbeitskraft. Auf der anderen Seite darf das Ende der stabilen Beschäftigungserwartungen jedoch nicht unbedingt mit einer dauerhaften Ausgrenzung und Marginalisierung gleichgesetzt werden, wie dies gelegentlich bei jenen anklingt, die einen Trend zur "Zwei-Drittel-" oder sogar zur "Ein-Fünftel-Gesellschaft" (Glott 1985; Martin/Schumann 1996) sehen. Denn dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt bleibt letztlich nur ein sehr geringer Prozentsatz. Zwar steigt der Anteil der Langzeitarbeitslosen und der generationell Ausgegrenzten (Rolle/van Suntum 1997, 1 ff.). Aber noch stärker wächst die Zahl derer, die über keine stabile Beschäftigung im Sinne eines "Normalarbeitsverhältnisses" verfügen, die zeitweise durchaus armutsgefährdet sein können, aber langfristig gleichwohl arbeitsmarktorientiert bleiben, auch wenn eine Reintegration in den Arbeitsmarkt oftmals nur auf einem niedrigeren Einkommensniveau gelingt (Berger 1996, 19ff.).

Die inzwischen durch zahlreiche Längsschnittstudien bestätigte Feststellung einer - gemessen an den einstigen Stabilitätserwartungen - nachhaltigen Dynamisierung der Arbeitsverhältnisse ist freilich als Tendaussage selbst noch zu differenzieren. Denn Untersuchungen zu den Erwerbsverläufen verschiedener Geburtskohorten im 20. Jahrhundert zeigen nachdrücklich, dass die tatsächlichen Berufsbiographien nie so konsistent waren wie im Konzept des Normalarbeitsverhältnisses unterstellt (Berger/Sopp 1994). Aber die Unterbrechungen der älteren Kohorten lassen sich mit den Inkonsistenzen der jüngeren Generationen nur begrenzt vergleichen. Konnten die Älteren aufgrund der Weltwirtschaftskrise und des zweiten Weltkriegs erst in einer vergleichsweise späten Phase eine stabile Erwerbsbiographie entwickeln, so gelten für die Jüngeren ganz andere Normalitätsunterstellungen. Sie sind einerseits mit zuvor unbekanntem Wachstums-, Einkommens- und Beschäftigungsversprechungen sozialisiert worden, und die vor diesem Hintergrund ausgebildete Erwartung einer grundsätzlichen Stabilität und potentiellen Aufwärtsmobilität ist auch keineswegs durch radikale Einbrüche (wie Weltwirtschaftskrise oder gar Weltkrieg) in Frage gestellt. Auf der anderen Seite können die Jüngeren im Unterschied zu den Arbeitsmarkteinsteigern der sechziger/siebziger Jahre immer weniger davon ausgehen, dass sie früher als ihre Eltern und Großeltern eine stabile Erwerbsbiographie ausbilden werden, und sofern darüber hinaus in Frage steht, ob sie überhaupt eine langfristig stabile Beschäftigung mit steigendem Einkommen realisieren können, deutet sich eine nachhaltige Irritation der nach 1945 eingeschliffenen Normalitäts- und Wachstumserwartungen an.

4 Zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit

Der Generationenvergleich von Berger/Sopp macht vor allem eins deutlich: dass die Entwicklung der Erwerbsarbeitsgesellschaft nicht linear gedacht werden darf. Denn Unsicherheiten und brüchige Erwerbsbiographien sind nichts Neues. Stattdessen zeigt sich immer deutlicher, dass der Traum immerwährender Prosperität, wie er sich in der „Wirtschaftswunderzeit“ in Deutschland durchgesetzt hatte, zu verzerrten Wahrnehmungen und (Zukunfts-)Erwartungen geführt hat. Allerdings lassen sich die aktuellen Entwicklungen auch nicht einfach als Rückkehr zur kapitalistischen Normalität mit einer entsprechenden „industriellen Reservearmee“ interpretieren. Denn angesichts der Veränderung der Produktionsstruktur im Übergang zur Dienstleistungs- und Informations- und Netzwerkgesellschaft (Häussermann/Siebel 1995; Reich 1993; Castells 1996; Bullinger/Stille 2000) wandeln sich nicht nur die Bedingungen zur Verwertung der eigenen Arbeitskraft; darüber hinaus scheint sich auch der gesellschaftliche Stellenwert der Lohn- bzw. Erwerbsarbeit insgesamt zu verschieben. So gibt es in fortgeschrittenen Arbeitsgesellschaften zwar offensichtlich genügend zu tun und damit genügend *Arbeit*; fraglich ist jedoch, wer diese Arbeit wie macht und ob die gesellschaftlich notwendige Arbeit auch in Zukunft vorrangig als *Lohn- und Erwerbsarbeit* organisierbar ist.

4.1 Zur Veränderung des Volumens an Erwerbsarbeit

Dass Arbeit mit Lohn- und Erwerbsarbeit nicht notwendig identisch ist, zeigt sich schon daran, dass die Gesamtmenge an gesellschaftlicher Arbeit seit jeher immer nur zu einem Teil (marktförmige) *Erwerbsarbeit* war; der Rest - wenn nicht gar der größere Teil - war und ist (unbezahlte) *Eigenarbeit* (Heinze/Offe 1990; Heinze/Keupp 1998, 123ff.). Im Verhältnis von Erwerbs- und Eigenarbeit ist dabei in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Veränderung zu beobachten. War bis in die siebziger Jahre hinein eine Tendenz zur Umwandlung von Eigen- in Erwerbsarbeit zu beobachten, so zeichnet sich seither eine gegenläufige Entwicklung ab. So sind viele an sich wichtige Aufgaben insbesondere im Bereich der öffentlichen Hand, aber auch in Firmen und Privathaushalten, angesichts sinkender bzw. unzureichender Mittel nicht mehr bezahlbar oder allenfalls als Schwarzarbeit organisierbar.

Dass das (Erwerbs-)Arbeitsvolumen netto sinkt und zugleich der Anteil der Eigenarbeit steigt, erstaunt vor diesem Hintergrund nicht. Zwar sind in den achtziger Jahren in (West-) Deutschland rund 3 Mio. Stellen neu entstanden, und diese Entwicklung hat sich auch in den neunziger Jahren fortgesetzt, aber diese Entwicklung schlägt sich keineswegs in entsprechenden Beschäftigungszuwächsen nieder, wobei hier mehrere, sich zum Teil ergänzende Trends zu beobachten sind. So sind die neuen Stellen zum Teil durch produktivitätsbedingte Arbeitsplatzstreichungen in anderen Bereichen mehr als kompensiert worden. Dies hat sich zeitweise in einem absoluten Rückgang der Erwerbstätigen niedergeschlagen, deren Zahl nach Angaben des statistischen Bundesamtes zwischen 1993 und 1998 recht kontinuierlich von 35,21 auf 33,47 Mio. gesunken ist. Verantwortlich hierfür war vor allem der rationalisierungsbedingte Produktivitätsanstieg, der in den neunziger Jahren eine erhebliche Beschleunigung erfahren hat. So erbrachten 1991 nach Angaben des statistischen Bundesamtes 36,5 Mio. Personen eine Wirtschaftsleistung von 2.854 Mrd. DM; sechs Jahre später wurden mit knapp 7% weniger Beschäftigten 1997 fast 10% mehr Werte geschaffen, der naheliegende Schluss, dass immer weniger Menschen immer mehr erarbeiten, ist allerdings in den

letzten Jahren zu relativieren. Denn der Rückgang bis 1998 ist inzwischen in etwa kompensiert worden. Allerdings erfolgt der Zuwachs der *Erwerbstätigen* (bei in etwa gleich bleibender *Erwerbsquote*) vor allem zu Gunsten von Teilzeitstellen, und dies macht deutlich, dass die Angabe der Beschäftigung in Stellen zunehmend weniger aussagekräftig ist als die der Stunden, die im Schnitt nach wie vor rückläufig sind.

4.2 Auswirkungen des Wertewandels

Neben dem Rückgang des Arbeitsvolumens zeichnet sich als zweite, mindestens ebenso wichtige Verschiebung aber auch eine allgemeine gesellschaftliche Neu- bzw. Umbewertung von Arbeit und Lohnarbeit ab, die letztlich auf eine Dezentrierung einstiger Arbeitsideale hinausläuft. In der Bundesrepublik setzte dieser Wertewandel in breitenwirksamer Form in den siebziger Jahren ein und hat die gesellschaftliche Selbstwahrnehmung nicht unerheblich verändert. Allem Gerede von der „Freizeitgesellschaft“ (Opaschowski 1990) zum Trotz deuten die bisherigen Befunde freilich kaum darauf hin, dass die Orientierung an Arbeit und Leistung geringer geworden ist. Zwar ist es richtig, dass Erlebniswerte steigen und die Bundesrepublik *auch* Züge einer „Erlebnisgesellschaft“ (Schulze 1992) trägt. Gleichwohl entwickelt sich Deutschland keineswegs zu einem gigantischen „Freizeitpark“, sondern die Arbeits- und Leistungsorientierungen verändern ihre Ausdrucksform, wobei sowohl generationelle als auch lebenszyklusspezifische Momente feststellbar sind (Klein 1995, 228).

Neben der Auflösung von „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ ist vor allem eine Umakzentuierung und Erweiterung der Leistungsorientierung um die Dimension der „Selbstentfaltung“ zu notieren (Bolte/Voß 1988; Fürstenberg 1993; Klages 1993). Hierdurch wird fast zwangsläufig die frühere Gleichsetzung von Leistung und Lohnarbeit in Frage gestellt. Während bei der Lohnarbeit die Pflicht- und Akzeptanzwerte im Vordergrund stehen, passt der Aspekt der „Selbstentfaltung“ eher zur Eigenarbeit oder auch zur „öffentlichen“ bzw. gemeinnützigen Arbeit, wie sie vor allem durch den informellen Sektor repräsentiert wird. Zwar setzt sich die Verschiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten nicht überall, sondern in schicht- und milieuspezifisch differenzierter Form durch (Vester u.a. 1993). Aber dies ändert nichts daran, dass ein Wandel der Arbeitseinstellungen und des „kulturspezifischen Berufsleitbildes“ (Fürstenberg 1993, 2000) zu beobachten ist und Arbeit als Lohnarbeit – insbesondere in entwickelten Arbeitsgesellschaften – offensichtlich weniger als früher im Zentrum der gesellschaftlichen Identitätsbildung steht.

5 Arbeitsgesellschaft jenseits der Erwerbsgesellschaft?

Auch wenn die Gesellschaften der Zukunft *Arbeitsgesellschaften* bleiben dürften, ist daher offen, wie diese aussehen werden, und welche Rolle der Erwerbsarbeit in Zukunft zukommen wird. Zwar lautet die Mehrheitsmeinung, dass wir auch im 21. Jahrhundert in einer Erwerbsgesellschaft leben werden. Aber zugleich wächst die Zahl derer, die sich von dieser Überzeugung verabschiedet haben und von einer sukzessiven Überwindung der Erwerbsgesellschaft ausgehen.

5.1 Entwicklungslinien der Erwerbsarbeit

Ungeachtet dessen ist jedoch in der Debatte unbestritten, dass sich die Praxis der Erwerbs-

arbeit in den kommenden Jahren radikal verändern und vor allem flexibilisieren wird. Wichtig sind hier vor allem vier Punkte:

- a) Als Resultat der radikalen Flexibilisierung der Produktion ist zunächst von einer verstärkten *Unsicherheit und Offenheit der Arbeitssituation* auszugehen. So steht quer durch alle Branchen die Ausdehnung von Beschäftigungsverhältnissen zu erwarten, die weder zeitlich noch örtlich von Dauer sind. Denn die sich ständig ändernden Arbeitsmarktbedingungen verlangen vom Einzelnen, dass er/sie weder mit einer bestimmten Arbeit noch an einen bestimmten Ort allzu fest zusammenwächst, sondern hoch mobil bleibt und die Unsicherheit der eigenen Situation möglichst positiv besetzt.
- b) Zugleich erscheint eine *Angleichung der Arbeitsvollzüge in unterschiedlichen Branchen* wahrscheinlich, zumal die konkrete Produktion des Verschiedenen gegenüber der davon unabhängigen Planung und Arbeitsvorbereitung an Bedeutung verliert. So stehen überall dieselben Computer, deren Programme auf unterschiedliche Probleme angewendet werden können. Sofern diese (durch den Übergang von klassischen Berufsausbildungen zu Schlüsselqualifikationen unterstützte) Entwicklung fortschreitet, dürften auch die traditionellen Differenzen zwischen den Berufen schwinden.
- c) Ferner ist eine *Veränderung der Gestalt der Fabrik* absehbar. Immer wichtiger dürften sog. „virtuelle“ Unternehmen werden, die kaum noch feste Mitarbeiter haben, viele Arbeiten nach aussen vergeben und stark auf die flexible Nutzung elektronischer Dienste setzen (Heuser 1995, 54). Zwar wird es auch noch traditionelle Firmen und Arbeitsplätze geben. Aber nach den derzeitigen Schätzungen dürfte sich allmählich „ein Drittel aller Tätigkeiten aus realen in virtuelle Organisationen verlagern“ (Krupp 1995, 71), und dies bedeutet auch, dass langfristig rund ein Drittel der Beschäftigten im heimischen Wohnzimmer oder in einem Satellitenbüro tätig sein
- d) Schließlich steht eine wachsende *Individualisierung der Beschäftigung* zu erwarten. So können die Betriebe aufgrund des technischen Fortschritts das Arbeitsvolumen weit stärker als bislang am Auftragseingang ausrichten und Teile des Unternehmerrisikos als zeitlich flexible Beschäftigung auf die Arbeitenden abwälzen. Es wird dementsprechend immer mehr Selbständige, Teilselbständige und nur je nach Auftragslage Beschäftigte geben, für die kaum noch Flächentarifverträge Geltung haben dürften.

Die skizzierten Entwicklungslinien deuten darauf hin, dass sowohl die Ausbildungs- als auch die Arbeitsformen des 21. Jahrhunderts mit den tradierten Leitbildern kaum vergleichbar sein werden. So werden wir Abschied nehmen müssen von der Vorstellung festgefügtter Arbeitsbiographien, die dem Dreischritt Ausbildung - Berufstätigkeit - Verrentung folgen. Stattdessen müssen wir uns an die Ideen der Vielberuflichkeit und des lebenslangen Lernens ebenso gewöhnen wie an die Erwartung einer wachsenden Unsicherheit in der Arbeitswelt bei gleichzeitig steigenden Flexibilitätsanforderungen und Konkurrenzen am Arbeitsmarkt.

Die Reichweite und Folgen dieses Strukturwandels werden nach wie vor unterschiedlich eingeschätzt. Während die Verfechter der Vollbeschäftigungsgesellschaft davon ausgehen, dass auch unter den veränderten Bedingungen alle Erwerbstätigen langfristig die Möglichkeit haben werden, ihre Existenz über eine wie auch immer flexibel organisierte Erwerbsarbeit zu sichern, schätzen Andere die neuen Beschäftigungskapazitäten, wie sie sich insbesondere im Umwelt-, Dienstleistungs- und Kommunikationsbereich abzeichnen, erheblich niedriger ein. Denn die unausgeschöpften Rationalisierungskapazitäten (Thome 1997) sind erheblich, und es spricht vieles dafür, dass der Produktivitätsfortschritt in letzter Instanz größer ist als die zu erwartende Ausdehnung der Produktion. Die Skeptiker rechnen daher mit einer wachsenden

Arbeitslosigkeit und mit einer verstärkten Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Nichtbesitzer, die u.U. auch zu einem die Erwerbsgesellschaft selber bedrohenden Verfall ihrer Legitimationsgrundlagen führen kann. In diesem Falle kann auch die Gefahr eines unfreiwilligen Zusammenbruchs der Erwerbsgesellschaft nicht ausgeschlossen werden. Dieser wäre zumindest dann denkbar, wenn (a) das Projekt einer sozialen Integration über den Arbeitsmarkt angesichts wachsender Arbeitslosigkeitszahlen in Frage steht, und (b) sich angesichts eines dramatischen Rückgangs des Erwerbsarbeitsvolumens eine „Systemkrise“ der Erwerbsarbeit abzeichnet, die mangels Masse nur noch für eine Minderheit ein Leitbild sein könnte.

5.2 Wohin treibt die Erwerbsgesellschaft?

Zwar erscheint ein solcher Zusammenbruch der Erwerbsgesellschaft empirisch eher unwahrscheinlich. Aber umgekehrt ist auch die erneute Realisierung einer ‚Vollbeschäftigungsgesellschaft‘ alten Typs kaum zu erwarten. Realistischer scheint die Annahme, dass sich die Krise der Erwerbsgesellschaft aus ökonomischen wie aus ökologischen Gründen nicht beseitigen lässt, sondern langfristig eher noch verschärfen dürfte. Dies vorausgesetzt wären in der Tat Kurskorrekturen notwendig, deren Umsetzung auf eine allmähliche Transzendierung der Erwerbsgesellschaft bei gleichzeitiger Erweiterung des gesellschaftlichen Arbeitsverständnisses abzielen müssten. Denn nicht nur der *bourgeois* arbeitet, sondern auch der *citoyen*, dessen Tätigkeiten freilich erst noch als Arbeit anerkannt werden müssen.

Eine solche Umakzentuierung bedeutet keineswegs eine schlichte Abwertung der Erwerbsarbeit bei gleichzeitiger Hinwendung zur Nicht-Erwerbsarbeit. Ein solches Gegen-einander-Ausspielen der verschiedenen Arbeitsformen wäre schon deshalb unsinnig, weil gerade neuere Studien zeigen, dass sie keine Alternativen darstellen, sondern als einander ergänzend zu begreifen sind (Heinze/Strünck 2000, 191f; Hann 2000, 47f.) So sind bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten aus gutem Grund weder die Arbeitslosen noch die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehenden führend. Stattdessen sind es vor allem gut verdienende Vollzeitbeschäftigte oder Selbständige, die sich jenseits der Erwerbsarbeit engagieren.

Aber dieser Befund spricht selbst noch dafür, die Gleichsetzung von Arbeit mit Erwerbsarbeit aufzuheben, wobei dieser Schritt vor allem dann unausweichlich wäre, wenn dem Konzept der Erwerbsgesellschaft in empirischer Hinsicht weiter der Boden entzogen werden würde. Sollte dieser Fall eintreten, so dürfte es unausweichlich werden, sich mehr Gedanken über zweierlei zu machen: zum einen über eine veränderte Gewichtung der Einkommensquellen zwischen Erwerbs-, Kapital- und Transfereinkommen und zum anderen über eine Pluralisierung der Arbeitsformen zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und der (in letzter Zeit zunehmend als „Bürgerarbeit“ etikettierten) öffentlich-gemeinnützigen Arbeit. Denn es steht zu befürchten, dass die vollständige Reproduktion über Erwerbsarbeit für künftige Generationen schwieriger wird, aber es ist zu hoffen, dass die sich hier abzeichnenden Defizite durch Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit kompensieren lassen. Auf beiden Ebenen besteht jedenfalls Reflexions- und Handlungsbedarf.

Literatur

Beck, Ulrich (1999): *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*. Frankfurt/Main

Beck, Ulrich (Hg.) (2000): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt/Main

- Berger, Peter A. (1996): Individualisierung. Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt. Opladen
- Berger, Peter A., Peter Sopp (1994): Sozialstruktur und Lebenslauf. Lebensläufe und soziale Ungleichheiten im gesellschaftlichen Wandel. Göttingen
- Bolte, Karl Martin, Günter G. Voß (1988): Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Leben. Anmerkungen zur Diskussion um den Wandel von Arbeitswerten; in: Lutz Reyher, Jürgen Kühl (Hg.): Resonanzen. Arbeitsmarkt und Beruf - Forschung und Politik (=BeitrAB 111). Nürnberg, 72-93
- Bonß, Wolfgang, Wolfgang Plum (1990): Gesellschaftliche Differenzierung und sozialpolitische Normalitätsfiktion. Zum theoretischen und empirischen Gehalt von Normalitätsunterstellungen in der Sozialpolitikdiskussion; in: Zeitschrift für Sozialreform, 36, 692-715
- Bosch, Gerhard (Hg.) (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt
- Bullinger, Hans J., Frank Stille (2000): Dienstleistungsheadquarter Deutschland. Entwicklungstrends und Erfahrungsberichte. Wiesbaden
- Cohen, Daniel (2001): Unsere modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt. Frankfurt
- Dülmen, Richard van (2000): »Arbeit« in der frühneuzeitlichen Gesellschaft; in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt, 80-87
- Duncker, Christian (2000): Verlust der Werte? Wertewandel zwischen Meinungen und Tatsachen. Wiesbaden
- Franks, Suzanne (1999): Das Märchen von der Gleichheit. Frauen, Männer und die Zukunft der Arbeit. Stuttgart
- Fürstenberg, Friedrich (1993): Wandel in der Einstellung zur Arbeit - Haben sich die Menschen oder hat sich die Arbeit verändert? (Teil I); in: Lutz v. Rosenstiel u.a. (Hg.): Wertewandel. Herausforderungen für die Unternehmenspolitik in den 90er Jahren. Stuttgart, 17-27
- Fürstenberg, Friedrich (2000): Berufsgesellschaft in der Krise. Berlin
- Giarini, Orio, Patrick Liedtke (1997): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker. München
- Glötz, Peter (1985): Manifest für eine Neue Europäische Linke. Berlin
- Gorz, André (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt
- Gutmann, Joachim (Hg.) (1999): Arbeitszeitmodelle. Die neue Zeit der Arbeit: Erfahrungen mit Konzepten der Flexibilisierung. Stuttgart
- Häussermann, Hartmut, Walter Siebel (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt/Main
- Hann, Christopher (2000): Echte Bauern, Stachanowiten und die Lilien auf dem Felde. Arbeit und Zeit aus sozialanthropologischer Perspektive; in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt, 23-53
- Heinze, Rolf G., Heiner Keupp (1998): Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit; in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Anlagenband Gutachten. Bonn
- Heinze, Rolf, Claus Offe (Hg.) (1990): Formen der Eigenarbeit. Opladen
- Heinze, Rolf, Christoph Strünck (2000): Die Verzinsung des sozialen Kapitals. Freiwilliges Engagement im Strukturwandel; in: Ulrich Beck (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt, 171-216
- Hepp, Gerd (1994): Wertewandel. Politikwissenschaftliche Grundlagen. München
- Heuser, U. J (1995): Am Bildschirm allein zu Haus; in: DIE ZEIT, 43 v. 20.10.1995, 54
- Hoffmann, Edeltraut, Ulrich Walwei (1998): Beschäftigung: Formenvielfalt als Perspektive? - Teil 1. Längerfristige Entwicklung von Erwerbsformen in Westdeutschland; in: IAB Kurzbericht 2/1998 v. 27.1.1998, Nürnberg
- Huinik, Johannes, Wolfgang Lauterbach (1991): Die Bedingungen des Erwerbsangebots verheirateter Frauen; in: Christof Helberger, Lutz Bellmann, Dieter Blaschke (Hg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Analysen auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (=BeitrAB 144). Nürnberg, 63-90

- Inglehart, Ronald (1997): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt
- Klages, Helmut (1993): Wertewandel in Deutschland in den 90er Jahren; in: Lutz v. Rosenstiel u.a. (Hg.): Wertewandel. Herausforderungen für die Unternehmenspolitik in den 90er Jahren. Stuttgart, 1-15
- Klages, Helmut, Thomas Gensicke (1999): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer
- Klauder, Wolfgang (1994): Tendenzen und Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit heute und morgen; in: Petra Beckmann, Gerhard Engelbrech (Hg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000. Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen. IAB Nürnberg
- Klein, Markus (1995): Wertewandel in der Bundesrepublik zwischen 1973 und 1992; in: Soziale Welt, 46, 207-230
- Kocka, Jürgen (2000): Arbeit früher, heute morgen: Zur Neuartigkeit der Gegenwart; in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt, 476-492
- Kocka, Jürgen, Claus Offe (Hg.) (2000): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil I: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern. Bonn
- Krupp, Helmar (1995): Der Globalstaat im globalen Strukturwandel - eine systemtheoretische Langfristperspektive; in: Werner Fricke (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 1995. Bonn, 69-82
- Magvas, Emil, Eugen Spitznagel (2000): Arbeitskräftemangel - Bremse für Wachstum und Beschäftigung?; in: IAB-Kurzbericht Nr. 10 v. 14.7.2000, Nürnberg
- Martin, Hans-Peter, Harald Schumann (1996): Die Globalisierungsfalle. Reinbek
- Meier, Christian (1998): Das Problem der Arbeit; in: Merkur, 52, 202-214
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses; in: Zeitschrift für Sozialreform, 31, 415-434, 457-475
- Mückenberger, Ulrich (1989): Entwicklungsperspektiven des Normalarbeitsverhältnisses. Anmerkungen zum Stand der gewerkschafts- und rechtspolitischen Diskussion; in: Prokla, 76, 14-26
- Nippel, Wilfried (2000): Erwerbsarbeit in der Antike; in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt, 54-66
- Oexle, Otto Gerhard (2000): Arbeit, Armut, >Stand< im Mittelalter; in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt, 67-79
- Opaschowski, Horst W. (1990): Herausforderung Freizeit. Perspektiven für die neunziger Jahre. Hamburg
- Opaschowski, Horst W (2001): Deutschland 2010. Wie wir morgen arbeiten und leben - Voraussagen der Wissenschaft zur Zukunft unserer Gesellschaft. Hamburg
- Reich, Robert B (1993): Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien. Berlin
- Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Mit einem Nachwort von Martin Kempe. Frankfurt/Main
- Rolle, Carsten, Ulrich van Suntum (1997): Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Absicherung. Deutschland, Österreich, Schweiz, USA. Gütersloh
- Sacher, Matthias (1998): Berufseinstieg - gestern und heute. Ein Kohortenvergleich; in: Jürgen Friedrichs (Hg.): Die Individualisierungsthese. Opladen, 165-180
- Saiger, Helmut (1998): Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf. Neue Beschäftigungs- und Lebensmodelle. München.
- Schindler, Norbert, Wolfgang Bonß (1980): Praktische Aufklärung. Ökonomische Sozietäten in Süddeutschland und Österreich im 18. Jahrhundert; in: Rudolf Vierhaus (Hg.): Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften. Heidelberg, 225-353
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/Main
- Statistisches Bundesamt (2000): Bevölkerungsentwicklung Deutschland bis zum Jahre 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden. (<http://www.statistik-bund.de>)

- Statistisches Bundesamt (2001): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1, Reihe 3: Haushalte und Familien 2000. Ergebnisse des Mikrozensus, Vorbericht. Wiesbaden
- Thome, Rainer (1997): Arbeit ohne Zukunft? Organisatorische Konsequenz der wirtschaftlichen Informationsverarbeitung. München
- Vester, Michael u.a. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln
- Voß, G. Günter, Hans J. Pongratz (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg.50, 131-158
- Wagner, Gert G. (2000): Erwerbsarbeit sollte Zukunft haben; in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt, 215-233
- Walther, Rudolf (1990): Arbeit - ein begriffsgeschichtlicher Überblick von Aristoteles bis Ricardo; in: Helmut König, Bodo v. Greiff, Helmut Schauer (Hg.): Sozialphilosophie der industriellen Arbeit. Opladen, 3-25
- Wieland, Rainer, Karin Scherrer (2000): Arbeitswelten von morgen. Opladen
- Willke, Gerhard (1999): Die Zukunft unserer Arbeit. Frankfurt

Anschrift des Verfassers:

Dr. Wolfgang Bonß
Universität der Bundeswehr München
Institut für Staatswissenschaften/Allgemeine Soziologie
Werner-Heisenberg-Weg 37
D-85577 Neubiberg

Schlagwörter: Arbeit, Eigenarbeit, Erwerbsarbeit, Zukunft der Arbeit